

Brief an die Politik

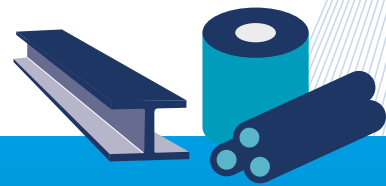
Zehn politische Handlungsempfehlungen zum Green Deal Industrial Plan

Die Stahlindustrie in Deutschland begrüßt, dass die Europäische Kommission mit dem „Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero Age“ die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Europa nachhaltig stärken will. Die Mitteilung erkennt richtigerweise die zentrale Rolle der Industrie auf dem Weg zur Klimaneutralität an. Es gilt, eine wirkungsvolle Initiative in einer sich verändernden Welt sowie eine europäische Antwort auf den U.S. Inflation Reduction Act (IRA) auf den Weg zu bringen.

Angesichts der enormen geopolitischen und ökonomischen Herausforderungen braucht es eine unterstützende Industriepolitik in strategischen Schlüsselindustrien, zu denen auch in der Transformation stehende Grundstoffindustrien wie der Stahl gehören. Das Ziel muss sein, europäische Wertschöpfung zu fördern, die auf den Grundsätzen von Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft (Circularity) und strategischer Autonomie beruht. Die von der Kommission vorgeschlagenen vier Säulen, Regulierung (regulatory environment), Finanzierung (financing), Qualifikationen von Fachkräften (skills) und Handel (trade), sind mit konkreten Maßnahmen unter einem ganzheitlichen Ansatz zu untermauern.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie zu sichern, strategische Autonomie zu bewahren und die Klimaziele zu erreichen, ist ein Maßnahmenpaket erforderlich, das noch in diesem Jahr beschlossen werden sollte. Die industrielle Transformation zur Klimaneutralität unter dem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit muss hierbei im Zentrum stehen. In unserem Brief an die Politik zeigen wir hierfür zehn konkrete industriepolitische Handlungsempfehlungen auf. Wir freuen uns auf einen konstruktiven Dialog.

Ihre Wirtschaftsvereinigung Stahl



1. Transformationsförderung vereinfachen und beschleunigen.
2. Stahl als strategische Schlüsselindustrie definieren.
3. Grüne Leitmärkte schnellstmöglich auf europäischer Ebene einführen.
4. Beihilferechtliche Spielräume für die Förderung industrieller Transformationsprojekte und Klimaschutzverträge verbessern.
5. System für wettbewerbsfähige Industriestrom- und Gaspreise schaffen.
6. Europäischen Rahmen für die Wasserstoff-Infrastruktur auf den Weg bringen.
7. Transformation durch konsequenten Handelsschutz und Fortsetzung der EU-Safeguards absichern.
8. Sektoriales Abkommen mit den USA zur vertieften Kooperation im Bereich Handels- und Klimaschutz abschließen.
9. Carbon-Leakage-Schutz vervollständigen.
10. Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.



Zehn politische Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Transformation

1. Transformationsförderung vereinfachen und beschleunigen



- Um im globalen Standortwettbewerb zu bestehen, ist in der EU ein Paradigmenwechsel erforderlich – weg von Detailregulierung und Nachweisbürokratie, hin zu einem pragmatischen Ansatz. Es geht darum, industrielle Transformationsprojekte und Investitionen in die erneuerbaren Energien und Wasserstoff-Infrastrukturprojekte mit der nötigen Förderung schnell, einfach und berechenbar auf den Weg zu bringen. Der Fokus muss darauf gerichtet sein, regulatorische Rahmenbedingungen zu vereinfachen. Das gilt insbesondere für Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie den Zugang zu Förderprogrammen. Antragsverfahren sollten stark vereinfacht und beschleunigt werden. Zu prüfen ist ein Instrument der Steuerrabatte nach dem Vorbild des IRA.

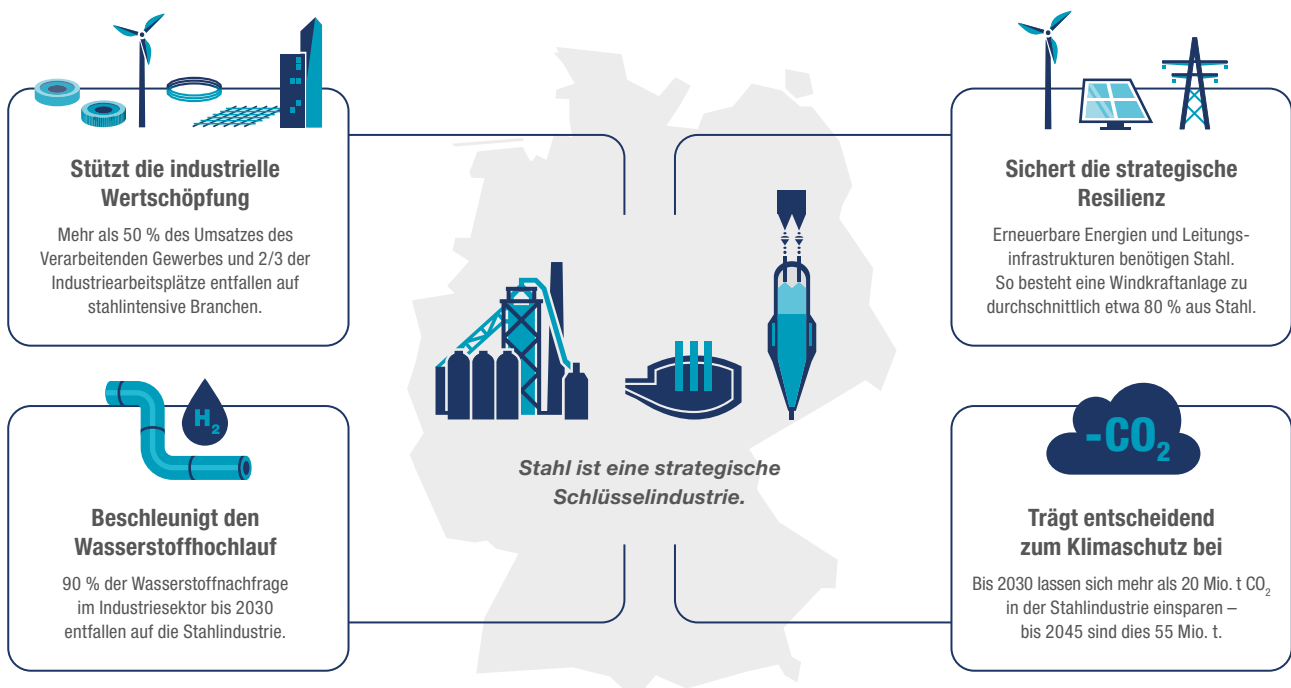
2. Stahl als strategische Schlüsselindustrie definieren



- Die Kommission will einen „Net-Zero Industry Act“ vorgeben, welcher für 2030 Kapazitätsziele und einen vereinfachten Regulierungsrahmen für Technologien vorsieht, die für die Erreichung der Klimaneutralität entscheidend sind. Grundsätzlich sollten in einem ganzheitlichen

Ansatz die gesamten Wertschöpfungsketten in den Blick genommen werden und dabei insbesondere auch die Stahlindustrie als strategisch wichtiger Grundstofflieferant definiert werden. Stahl gehört zu den Branchen, deren Transformation in besonderem Maß zu den Zielen des Green Deal beiträgt und sollte entsprechend berücksichtigt werden:

- Stahl ist Ausgangspunkt nahezu aller maßgeblichen industriellen Wertschöpfungsketten und trägt entscheidend dazu bei, die Versorgungsabhängigkeit der EU zu reduzieren, ihre strategische Resilienz zu sichern und den Umbau zu einer klimaneutralen Energieversorgung voranzubringen. Insbesondere ist er auch für den Ausbau der „Net-Zero-Sektoren“ essenziell notwendig.
- Eine erfolgreiche Transformation der Stahlindustrie leistet bereits kurzfristig durch große CO₂-Minderungen einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Klimaziele. Mit dem Umstieg auf wasserstoffbasierte Stahlherstellungsprozesse ist die Stahlindustrie Motor für den schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.
- Eine erfolgreiche Transformation der Stahlindustrie in Deutschland und Europa kann eine weltweite Vorbildwirkung für den Klimaschutz entfalten, trägt entscheidend zur Dekarbonisierung der gesamten industriellen Kette bei und ermöglicht der EU, sich als führender Standort für grüne Technologien im internationalen Wettbewerb zu behaupten.



3. Grüne Leitmärkte schnellstmöglich auf europäischer Ebene einführen



- › Um die Nachfrage nach „Net-Zero-Produkten“ zu stimulieren, will die EU-Kommission auf öffentliche Beschaffung und Anreize auf der Verwenderseite setzen. Dies ist zielführend und zu unterstützen. Eine entsprechende Initiative muss rasch auf den Weg gebracht und konkretisiert werden. Perspektivisch müssen sich klimaneutrale Grundstoffe am Markt durchsetzen. Zur Etablierung grüner Leitmärkte müssen für Verarbeiter und in der öffentlichen Beschaffung verbindliche Anreize und Regeln zur Verwendung grüner Grundstoffe geschaffen, in der Produktpolitik verankert, sowie in internationale Handelsabkommen, Klimaclubs und Klimaallianzen aufgenommen werden.

4. Beihilferechtliche Spielräume für die Förderung industrieller Transformationsprojekte und Klimaschutzverträge verbessern



- › In ihrer Mitteilung kündigt die Kommission an, den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei staatlichen Beihilfen für erneuerbare Energien und Investitionen in Projekte mit strategischen „Net-Zero-Technologien“ zu gewähren. Der angepasste vorübergehende Krisen- und Transformationsbeihilferahmen („TCTF“) bleibt jedoch hinter den Erwartungen deutlich zurück. Weder werden die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Strom- und Gaspreisbremsen für die energieintensiven Industrien (Aufhebung der Obergrenzen, Verzicht auf die Voraussetzung eines EBITDA-Rückgangs) geschaffen, noch bietet der TCTF eine geeignete Grundlage für eine effektivere Förderung zur Transformation CO₂-intensiver Grundstoffindustrien. Von besseren Zugängen und mehr Tempo bei staatlichen Beihilfen sollten nicht nur wenige ausgewählte „Net-Zero-Sektoren“ profitieren, sondern gerade auch Grundstoffindustrien in der Transformation, wie die Stahlindustrie. Insbesondere für das Instrument der Klimaschutzverträge sollten verbesserte und damit ausreichende Bedingungen geschaffen werden – etwa in Form höherer Beihilfeintensitäten, beschleunigter Verfahren und erleichterter Voraussetzungen.

5. System für wettbewerbsfähige Industriestrompreise und Gaspreise schaffen



- › Global wettbewerbsfähige Preise für Strom, Gas und Wasserstoff sind eine fundamentale Voraussetzung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industrie-

standortes. Das Energiepreisniveau ist im Vergleich zu anderen Ländern außerhalb der EU (wie beispielsweise in den USA oder Ländern des Mittleren Ostens) zu hoch und darf nicht das neue „Normal“ darstellen. Es bedarf eines kurzfristigen europäischen Rahmens für wettbewerbsfähige Industriestrom- und Gaspreise. Dieses zentrale Thema wird im Green Deal Industrial Plan und auch in der Konsultation zum Strommarktdesign jedoch kaum thematisiert. Es muss im Rahmen einer europäischen Industriestrategie dringend in den Fokus genommen werden.

6. Europäischen Rahmen für die Wasserstoffinfrastruktur auf den Weg bringen



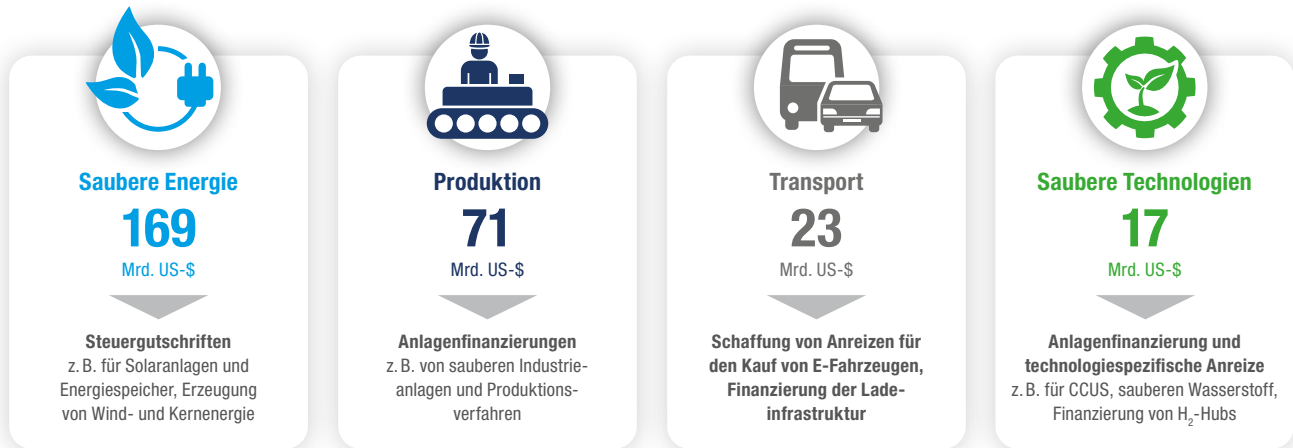
- › Ein schneller Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ist entscheidend für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie. Das Gas- und Wasserstoffpaket muss schnell zum Abschluss gebracht werden, um die Grundlagen für den Aufbau der erforderlichen H₂-Transportinfrastruktur zu schaffen. Die angekündigte europäische Wasserstoff-Bank sollte die europäische Produktion und den Import von erneuerbarem Wasserstoff in die EU stärken und könnte sich dabei an dem deutschen Instrument H2Global orientieren. Beim Gas- und Wasserstoffpaket wie auch der Wasserstoffbank sollte ein besonderer Fokus auf den prioritären Zugang für energieintensive Industrien gelegt werden, die für ihre Transformation auf Wasserstoff angewiesen sind.

7. Transformation durch konsequenten Handelschutz und Fortsetzung der EU-Safeguards absichern



- › Gerade in der aktuellen Übergangszeit zur CO₂-Neutralität brauchen die Unternehmen ein Höchstmaß an Planungssicherheit und somit eine wirkungsvolle Absicherung vor außergewöhnlichen Importsteigerungen. Die EU-Safeguard-Maßnahmen haben sich als wichtiges Instrument erwiesen, die heimische Stahlproduktion zu schützen und die Resilienz der europäischen Wertschöpfungsketten zu steigern. Es ist dringend erforderlich, dass die Maßnahmen mindestens – wie vorgesehen – bis Sommer 2024 fortgesetzt werden, da auch die Faktoren, die zu der notwendigen Einführung der Safeguards geführt haben, weiterhin bestehen bzw. sich teilweise noch verschlechtert haben. Zudem ist ein konsequenter Schutz vor unfairem Marktverhalten wie Preisdumping wichtiger denn je. Zu begrüßen ist, dass die Kommission die Notwendigkeit fairer Wettbewerbsbedingungen anspricht und „robuste“ Antworten vor allem im Bereich solcher

U.S. Inflation Reduction Act (IRA): Die wichtigsten Anreize pro Sektor



Der IRA setzt milliardenschwere und unbürokratische Anreize für Klimaschutzinvestitionen und senkt die Kosten für grüne Energie und Wasserstoff. Die EU muss darauf eine starke Antwort finden.

Sektoren ankündigt, die für die Erreichung der EU-Klimaziele von Bedeutung sind. Nun gilt es, die Spielräume des WTO-Rechts voll auszuschöpfen.

8. Sektorales Abkommen mit den USA zur vertieften Kooperation im Bereich Handels- und Klimaschutz abschließen



- Die Stahlindustrie begrüßt das Ziel, mit den USA ein gemeinsames Handelsabkommen im Stahlbereich abzuschließen. Gerade mit Blick auf die nach wie vor ungelöste Strukturkrise der globalen Stahlindustrie bietet das Bündnis eine wichtige Chance, eine vertiefte Kooperation zur Bekämpfung von globalen Überkapazitäten vor allem im Bereich „grauer“ CO₂-intensiver Produktionstechnologien einzugehen und gleichzeitig die globale Transformation zu fördern. Allerdings muss das Abkommen so ausgestaltet werden, dass es zu keinerlei Einschränkung des EU-Carbon-Leakage-Schutzes kommt. Das sektorale Abkommen sollte zudem dazu genutzt werden, gemeinsame Definitionen für „grüne“ Grundstoffe wie Stahl voranzutreiben und sich bei der Schaffung grüner Leitmärkte abzustimmen. Das Abkommen bietet darüber hinaus die Möglichkeit, den Zugang zum US-Markt sicherzustellen und Handelskonflikte zu vermeiden.

9. Carbon-Leakage-Schutz vervollständigen



- Es ist dringend erforderlich, dass die Kommission bereits kurzfristig einen Vorschlag für eine echte Entlastung der Exporte von den CO₂-Kosten vorlegt, der bisher im Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) fehlt. Nicht nur die in einer Übergangszeit weiter notwendige konventionelle Stahlproduktion, sondern auch die grünen Stahlprojekte wären auf Drittmärkten nicht wettbewerbsfähig, wenn keine Lösung für Exporte gefunden wird.

10. Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen



- Eine schnelle Transformation der Industrie und das Erreichen der Klimaziele sind nur möglich, wenn Planungs- und Genehmigungsverfahren für Anlagen und Infrastrukturen deutlich beschleunigt und vereinfacht werden. Insbesondere muss die Industrieemissionsrichtlinie stärker die Entscheidungsfindung für die Erteilung einer Genehmigung im Blick haben, indem sie sowohl den Anlagenbetreiber als auch die zuständigen Behörden entlastet, Prüfverfahren vereinfacht und die Rechtsicherheit erhöht, um so das Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Herausgeber

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Französische Straße 8

10117 Berlin

Telefon +49 30 232 5546-0

info@wvstahl.de

www.stahl-online.de

www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl

www.facebook.com/stahlonline

www.twitter.com/stahl_online

www.youtube.com/stahlonline